

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

9-10/2023

September / Oktober 2023

Der deutsche Imperialismus, Terror gegen Refugees und der deutsche Militarismus

Es gibt einen Zusammenhang zwischen der Zunahme des deutschen Militarismus, der Verschärfung des mörderischen Programms gegen Refugees und der verschärften Ausbeutung durch hohe Inflation bei gleichzeitiger Lohndrückerei. Dieser Zusammenhang lässt sich mit einem Satz zusammenfassen: Innenpolitisch und außenpolitisch geht es darum, die Erzielung von maximalem Profit für die Konzerne des deutschen Imperialismus zu garantieren, sowohl kurzfristig als auch langfristig.

Es ist klar, dass der deutsche Militarismus für die Außenpolitik von größter Bedeutung ist, um überall dort einzugreifen, wo sich eine Gelegenheit ergibt, Bundeswehrtruppen einzusetzen oder gar zu stationieren. Es geht darum, dadurch „Erfahrung“ zu sammeln und Druck auszuüben, um Kapital und Ausbeutungsverhältnisse für den deutschen Imperialismus in anderen Ländern zu sichern und auszubauen. Gleichzeitig kann der deutsche Militarismus dann auch besser steuern, dass in solchen Ländern die übergroße Masse der Refugees nicht nach Europa und damit möglicherweise auch nach Deutschland gelassen werden.

Die Verschärfung der Hetze und des staatlichen Terrors gegen Refugees sowie die Hinweise auf die internationale Kriegsgefahr sind psychologisch ein Mittel, verschärfte Ausbeutung durchzusetzen. Es wird so getan, als ginge es nicht um Maximalprofit, sondern um „widrige Umstände“, sozusagen von der Art und Größenordnung einer Naturkatastrophe oder Ähnlichem. Diese psychologische Kriegsführung gegen die große Mehrheit der proletarischen Werktätigen in den Fabriken, aber auch zunehmend in Büros und anderen Institutionen, arbeitet nicht mit Logik, sondern mit Verleumdung: schuld sind eben die Refugees und die notwendige Aufrüstung, die dazu führen, dass Lohnabschlüsse weit unterhalb der Inflationsrate bleiben, ja das überhaupt überall Sozialleistungen abgebaut werden müssen: Schuld ist die internationale Lage, schuld sind die Geflüchteten!

Das sind die ständig wiederholten Lügen der herrschenden Klasse in Deutschland. Die kommunistische Antwort darauf ist klar:

Schuld ist das Streben nach Maximalprofit der kapitalistischen Konzerne sowohl international wie in Deutschland. Das führt auch dazu, dass die große Masse der Werktätigen immer mehr ausgebeutet und zunehmend auch mit Schikanen und polizeilichem Terror unterdrückt werden, um Kämpfe gegen den deutschen Imperialismus schon im Keim zu ersticken.

Es geht darum, einen auf lange Dauer angelegten Kampf gegen den deutschen Imperialismus als Ganzes, Schulter an Schulter mit den demokratischen und kommunistischen Kräften weltweit zu entwickeln!

Verschärfung des staatlichen Terrors gegen Geflüchtete

Die so genannte „Flüchtlingspolitik“, d.h. das mörderische Programm des deutschen Staats gegen Geflüchtete, wird in den letzten Monaten systematisch mit Hilfe des deutschen Nationalismus massiv verschärft.

Breite Kämpfe gegen die Massaker an Geflüchteten im Mittelmeer im Februar 2023 in Italien!

Am 26.2.23 ist bei Cutro, direkt an der kalabrischen Küste Italiens vor Crotone, ein Schiff mit Refugees durch unterlassene Hilfeleistung der italienischen Küstenwache zum Kentern gebracht worden. Dadurch wurden 100 Geflüchtete ermordet. Dieses Massaker an Geflüchteten im Mittelmeer führte zu einem breiten und vielfältigen Kampf von organisierten antirassistischen Kämpfenden, Teilen der Bevölkerung von Kalabrien gemeinsam mit Geflüchteten.

Die Überlebenden des gekenterten Schiffs sowie ihre Familien und Freunde, die aus Afghanistan, Syrien, Pakistan und dem Iran angereist sind, wurden solidarisch unterstützt mit allem, was gebraucht wurde (Lebensmittel, Übernachtungsmöglichkeiten...).

Eine eigene Untersuchung des Massakers gemeinsam mit Verwandten und Befreundeten der Ermordeten und mit Unterstützung aus der Bevölkerung wurde durchgeführt. Dadurch wurde eindeutig die Schuld des italienischen Staats an dem Massaker festgestellt und über Medien bekannt gemacht.

Der Höhepunkt der Kämpfe war eine zweiwöchige permanente Mobilisierung, die sich über ganz Italien erstreckte, mit Dutzenden von Demonstrationen in Groß- und Kleinstädten bis hin zu einer Demonstration in Cutro am 11. März 2023 von 10.000 Menschen aus ganz Italien zusammen mit den Familien der Ermordeten und Überlebenden, unter der Parole, gemeinsam zu kämpfen, um „das Massaker zu stoppen“.

(Quelle: Kompass, Newsletter 04/23)

Dazu passt, dass es aktuell ein großes Geschrei gibt, dass unbedingt Arbeitskräfte aus anderen Ländern angeworben werden müssten, aber eben nur diejenigen, die auch wirklich „passen“. Das soll heißen: fehlende Fachkräfte sowie in Billigberufen und Billigjobs Arbeitende zwecks maximaler Ausbeutung! Dafür wurde vor kurzem das sog. „Fachkräfte-Einwanderungsgesetz“, verabschiedet, um legal abgesichert schneller und effektiver vorgehen zu können.

Kampf gegen den Terror des deutschen Staats gegen Geflüchtete

Die kommunistischen Kräfte kämpfen gegen jegliche Einwanderungsbeschränkungen, gegen die mörderische staatliche Abschottungspolitik und den Polizeiterror an den Grenzen, sie kämpfen gegen den staatlichen Abschiebeterror und für das uneingeschränkte Recht auf politisches Asyl für alle von Imperialismus und Reaktion Verfolgten und Unterdrückten, für das uneingeschränkte Recht auf Freizügigkeit, für den internationalistischen Zusammenschluss der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter mit den ausgebeuteten und unterdrückten Massen aus anderen Ländern, die in Deutschland leben und arbeiten, mit den von Imperialismus und Reaktion Verfolgten zum gemeinsamen Kampf gegen den deutschen Imperialismus.

Die „moderne Völkerwanderung“ ist die unvermeidliche Folge der imperialistischen Ausplünderung und Unterdrückung der Masse der Bevölkerung in den abhängigen Ländern, der imperialistischen Kriege und Massenmorde.

An der Haltung zur Flucht von Millionen Menschen nach Europa und nach Deutschland werden sich die Geister scheiden. Die „moderne Völkerwanderung“ mit all ihren fürchterlichen Begleiterscheinungen für die Fliehenden ermöglicht und erleichtert, wenn diese Frage richtig angepackt wird, den Zusammenschluss der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder, knüpft Beziehungen in alle Länder und kann den Klassenkampf in jedem Land stärken und befruchten.

(Auszug aus: Grundfragen der Vorbereitung der sozialistischen Revolution in Deutschland – Aufgaben und Probleme des Kampfs gegen den deutschen Imperialismus, GDS 2017, S. 106)

Gegen alle anderen Geflüchteten wird durch bürgerliche Medien und Parteien des deutschen Imperialismus eine **groß angelegte deutsch-nationalistische Hetze inszeniert**.

Parallel dazu werden **Abschiebungen ausgeweitet und verschärft**. Da geht es nicht nur um sogenannte „Härtefälle“, bei denen das aktuelle Recht gebrochen wird, sondern es geht um die gesamte Systema-

tik: Abschiebegefängnisse sind wieder gefüllt und die Brutalisierung der Abschiebung wird von der aktuellen Politik des Innenministeriums vorangetrieben, dessen Ministerin, nicht zu Unrecht „Seehofer II“ genannt wird. Was Seehofer nicht erreichte, wird jetzt durchgepeitscht.

Auch das sog. „Gesetz zur Verbesserung der Rückführung“ wurde geplant, das bei Abschiebungen von Refugees die automatische Abschiebung auch aller Familienangehörigen zulässt! Dies ist die juristische Festschreibung der rassistischen Hetze gegen angebliche „kriminelle Clans“. Zudem soll die Abschiebehaft von bisher maximal 10 auf künftig 28 Tage ausgedehnt werden, vor allem damit der deutsche Staat mehr Zeit hat, um eine Abschiebung vorzubereiten.

Weiterhin ist geplant, **Grenzkontrollen vor allem an den Grenzen zu Polen und Tschechien massiv auszuweiten**, um noch mehr Geflüchtete schon an den Grenzen daran zu hindern, ihr Recht auf Asyl in Deutschland wahrzunehmen.

Im vergangenen Jahr 2022 gab es nach offiziellen Zahlen zirka 13.000 Abschiebungen aus Deutschland. Über 25.000, wurden an den Grenzen durch Polizei und Grenzschutz daran gehindert, einen Asylantrag zu stellen. Dieser Abschiebe- und Grenzterror soll nun noch weiter gesteigert werden.

Gleichzeitig wird das alte Projekt vorangetrieben, Geflüchtete schon vor dem Betreten von EU-Gebiet abzufangen. Am 8.6.23 haben sich die Innenminister der EU auf Beschlüsse zu einem „Gemeinsamen Europäischen Asylsystem“ (GEAS) geeinigt. Damit geben sie nicht einmal mehr vor, am Asylrecht festhalten zu wollen. Das beinhaltet **Grenzverfahren in Lagern für Geflüchtete an den EU-Außengrenzen und Abschiebungen in angeblich „sichere Drittstaaten“**, aus denen die Geflüchteten gekommen bzw. durch die sie geflohen sind – und das ohne Prüfung der individuellen Fluchtgründe im Asylverfahren. Die sog. „Pushbacks“ von Griechenland und anderen Staaten werden damit offizielle Politik. Während Grenzverfahren bislang nur vier Wochen dauern dürfen, wird dies auf bis zu 16 Wochen vervierfacht. Damit können Geflüchtete bis zu 4 Monate hinter Stacheldraht und Mauern in geschlossenen Elendslagern eingepfercht werden.

Und die **Massaker an Refugees im Mittelmeer** gehen immer weiter und verschärfen sich. Nur wenige Tage nach der EU-Einigung zur Verschärfung des mörderischen Programms gegen Geflüchtete sind

Nazis im Staatsapparat und Nazi-Terror gegen Refugees

Es gilt, sich bewusst zu machen, dass an dieser ganzen, vom deutschen Staatsapparat durchgeführten reaktionär-rassistischen Politik gegen Refugees eine große Anzahl Nazis direkt beteiligt sind.

Es sind nicht wenige kleine und große Verwaltungskräfte, Richter, Staatsanwälte, Bewacher von Flüchtlingsunterkünften etc., die selbst Nazis sind, mit Nazis zusammenarbeiten oder diese dulden und decken. Ja es ist bekannt, dass es ganze Nazi-Netzwerke in den Geheimdiensten, in der Bundeswehr und bei der Polizei sowie bei den privaten Sicherheitsdiensten gibt, die ja vor allem das mörderische Programm gegen die Geflüchteten direkt durchführen. Auch die Straßen-Nazis verschärfen ihre Angriffe gegen Geflüchtete.

Selbst nach offiziellen staatlichen Zahlen wurden im ersten Halbjahr 2023 insgesamt 80 Nazi-Angriffe gegen Geflüchtete und deren Unterkünfte registriert. Also fast jeden zweiten Tag verüben Rassisten und Nazis u.a. Brandanschläge und gewalttätige Angriffe gegen Geflüchtete. Durch diesen Nazi-Terror wurden im zweiten Quartal 2023 nach offiziellen Angaben 39 Refugees verletzt. Und diese offiziellen Zahlen sind sicherlich nur die Spitze des Eisbergs.

am 14.6.23 vor Pylos/Griechenland mindestens 600 Menschen ertrunken, nachdem die griechische Küstenwache ihr Boot zum Kentern brachte. Allein im ersten Halbjahr 2023 ertranken über 1.800 Menschen auf der Flucht nach Europa.

Durch die mörderische Politik der imperialistischen Staaten der EU, unter führender Beteiligung des deutschen Imperialismus, sind seit 2013 insgesamt mindestens 27.000 Menschen im Mittelmeer ermordet worden.

Verschärfung von „Teile und Herrsche“

Neben der psychologischen Kriegsführung setzt der deutsche Imperialismus gerade auch bei der Bekämpfung einer Solidaritätsbewegung mit den Refugees auf zwei „bewährte“ Mittel aus dem Arsenal des „Teile und Herrsche“:

Erstens. Das Innenministerium hat Dutzende von Millionen für bestimmte sogenannte „Nichtregierungsorganisationen“ (NGOs) ausgegeben, die offiziell den Auf-

trag haben, „den Rassismus zu bekämpfen“. Damit sollen sie gleichzeitig durch die Möglichkeit des Entzugs von Geld dazu gebracht werden, dass sie faktisch Regierungsorganisationen werden, die mit keiner Silbe die weitere Brutalisierung der Politik gegenüber Geflüchteten kritisieren.

Zweitens. Wesentlich ist auch die „Extremismusklausel“. Diese bedeutet, dass alle, die ehrlich und klar gegen das mörderische staatliche Programm gegen Refugees, gegen Rassismus und Straßen-Nazis sowie gegen die Nazis und ihre Helfer in den staatlichen Apparaten und Institutionen sowie gegen andere Verbrechen des Imperialismus (Vergiftung der Lebensbedingungen der Menschen) ankämpfen, als „Linksextremisten“ kriminalisiert werden. Der Justizterror gegen Lina und andere Antifas sowie Verhaftungen, Razzien und Verurteilungen gegen Kämpfende aus der Gruppe „Letzte Generation“ sind aktuelle Beispiele.

Immer wichtiger werden die **selbstorganisierten Ansätze des Kampfes der Refugees**, die sich mit antirassistischen Kämpfenden sowie Teilen der proletarischen Werktätigen (wie in Italien im Frühjahr 2023) zusammenschließen.

Und immer wichtiger wird die internationale Solidarität mit den demokratischen Kräften in allen Ländern Europas, ja der ganzen Welt, um auch die imperialistische Kriegspolitik und die imperialistische Politik der Ausbeutung wirklich bekämpfen zu können.

Verschärfung des deutschen Militarismus

In Deutschland wird von den Herrschenden verbreitet, dass es angesichts des völkerrechtswidrigen Überfalls des imperialistischen Russlands auf einen formal souveränen Staat, die Ukraine, darum gehe, die „Verteidigungsbereitschaft“ zu stärken.

Aber es ist längst klar, dass es gar nicht um die Ukraine geht, sondern um ein weltweites Wettrüsten, um ein Ausprobieren der neuesten Waffengattungen nicht nur in der Ukraine, sondern möglichst bei allen Kriegen, auf allen Kontinenten sowie um eine weitere Verschärfung der Militarisierung der Stimmung in der Bevölkerung.

Die 100 Milliarden Sonderetat für die Bundeswehr – oder sind es schon 200 Milliarden? – sowie die Anschaffung neuer Waffensysteme sind ohne wirklichen Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine, der nur als Vorwand genommen wird.

Es geht darum, dass der deutsche Imperialismus auf seinem Weg, weltweit auch durch sogenannte „Stellvertreterkriege“

Massive Verschlechterung der Lebenslage durch Inflation

Nach dem Beginn des Krieges in der Ukraine Ende Februar 2022 war eine massive Inflation ein wesentliches Mittel des deutschen Imperialismus zur Verschlechterung der Lebenslage der Masse der Bevölkerung in Deutschland (Steigerung der Warenpreise). Es begann mit dem Steigen der Preise für Energie (Strom, Öl, Gas) und setzte sich fort in allen Bereichen der Lebensmittel, insbesondere auch bei den Grundnahrungsmitteln. 2022 lag die Inflationsrate nach offiziellen Zahlen durchschnittlich bei 8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, der höchste Wert seit Bestehen der BRD. Jedoch war die Inflationsrate für grundlegende Existenzmittel viel höher. Bei den Nahrungsmitteln waren es über 20 Prozent, für Energie fast 35 Prozent! (Stand: November/Dezember 2022)

Wie massiv gerade Millionen Menschen mit niedrigen Löhnen, wie z.B. prekär Beschäftigte, von der Inflation betroffen sind, wird durch solche Durchschnittszahlen bewusst verschleiert. Dazu kommen alle, die Rente oder Erwerbslosengeld beziehen oder von „Hartz IV“ leben müssen. Das sind weitere Millionen Menschen.

Diese untersten Schichten der Bevölkerung, die auch vor 2022 schon an der Armutsgrenze oder in Armut leben mussten, sind durch solche Preissteigerungen besonders bei den Grundnahrungsmitteln und der Energie ganz besonders betroffen, weil ihre Löhne eh schon extrem niedrig sind und auch weil es in diesen Schichten kaum oder gar keine Lohnerhöhungen gab. Gerade auch diese hohe Inflation hat zu weiterer Verarmung geführt: 2021 gab es laut offiziellen Zahlen über 14 Millionen Menschen, die in Armut lebten. 2022 waren es schon über 17 Millionen Menschen, d.h. über 20 Prozent der gesamten Bevölkerung in Deutschland!

Die angesichts der hohen Inflation sehr niedrigen Tarifabschlüsse konnten die Kapitalisten mit Hilfe des deutschen Staats durchsetzen, weil es gelang, die Lüge erfolgreich zu verankern, die internationale Lage sei schuld an der hohen Inflation. Auf dieser Grundstimmung aufbauend konnte die Gewerkschaftsführung dann kurz aufflammende Kämpfe für Lohnerhöhung ganz schnell wieder abwürgen – und so gab es lediglich kurze Warnstreiks.

All das zeigt: 2022 hat der bisher höchste Reallohnverlust seit Bestehen der BRD stattgefunden, der sich 2023 fortsetzt, ohne dass es bisher zu wirklichen Abwehrkämpfen der proletarischen Werktätigen gekommen ist.

auf dem afrikanischen Kontinent und anderswo, in der Konkurrenz der imperialistischen Großmächte eine größere Rolle spielen will. Er will verstärkt um seinen „Platz an der Sonne“ kämpfen und dabei maximal gerüstet sein. Der deutsche Imperialismus ist der wirkliche Feind.

Und deshalb ist es wichtiger denn je zu verstehen, welche Rolle der deutsche Militarismus für den deutschen Imperialismus spielt und wie der Kampf dagegen zu führen ist.

Den antimilitaristischen Kampf verstärken!

Der antimilitaristische Kampf in Deutschland richtet sich gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen und Kriegseinsätze des deutschen Imperialismus und seiner Bundeswehr sowie gegen die Militarisierung der gesamten Gesellschaft auf politischem, ideologischem und ökonomischem Gebiet.

Für den bewussten und organisierten antimilitaristischen Kampf ist die Kenntnis der Geschichte des deutschen Militarismus und der Kämpfe dagegen sowie die Aufklärung darüber eine wichtige Voraussetzung. Nur so können zum Beispiel die so-

wohl politisch als auch psychologisch gut durchdachten Kampagnen zur Verherrlichung der Bundeswehr tiefgehend entlarvt werden. Nur so kann klargemacht werden, dass diese Armee nicht nur in der Tradition der Reichswehr im Ersten Weltkrieg steht, sondern vor allem auch in derjenigen der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg. Nur so kann bewusstgemacht werden, dass es bei militärischen Traditionen in Deutschland um Traditionen von Verbrechen eines ungeheuren Ausmaßes geht.

Um dem Hochmut der deutschen Imperialisten entgegenzutreten, um die Angreifbarkeit und Besiegbarkeit ihrer Militärmaschinerie aufzuzeigen, ist die Auswertung der Geschichte der bewaffneten Kämpfe gegen den deutschen Imperialismus, vor allem auch des Kampfs der Roten Armee der damals noch sozialistischen Sowjetunion und der Partisanenkämpfe des Zweiten Weltkrieges, sehr wichtig.

Es gilt auch, die Erfahrungen aus den militanten und antimilitaristischen Kämpfen gegen den west/deutschen Imperialismus in den letzten Jahrzehnten aufzuarbeiten, ihre Schwachstellen, aber auch Stärken erkennen zu lernen und für den eigenen

Kampf heute auszuwerten. Antimilitaristische Proteste der letzten Jahrzehnte richteten sich vor allem auch gegen öffentliche Gelöbnisse der Bundeswehr.

In den letzten Jahren gab es antimilitaristische Aktionen gegen militaristische Werbeshows sowie Werbekampagnen der Bundeswehr an Schulen, Universitäten und vor Arbeitsämtern.

Auch heute sind Aktionen notwendig gegen militaristische Propaganda, gegen Waffenlieferungen, bei Stationierungen oder Kriegseinsätzen der Bundeswehr oder bei der Niederschlagung von demokratischen und revolutionären Bewegungen durch den deutschen Imperialismus oder mit seiner Hilfe -, um diesem oder jenem Verbrechen der deutschen Imperialisten entgegenzutreten, es nach Möglichkeit zu verhindern.

Angesichts einer nahezu perfekt funktionierenden Nachrichtensperre ist es für den Kampf zur Entlarvung der Verbrechen der Bundeswehr in anderen Ländern unerlässlich, Kontakte in diesen Ländern zu antimilitaristischen Kräften herzustellen, aber auch Kontakte innerhalb der Bundeswehr gilt es zu knüpfen.

Was würde Karl Liebknecht sagen?

Es kann durchaus sehr wichtig sein und immer wichtiger werden, an Grundüberlegungen von Karl Liebknecht anzuknüpfen, darüber nachzudenken und darüber zu diskutieren und danach zu handeln. Sicherlich sind Bedingungen zu verschiedenen Zeiten nie völlig identisch, aber prinzipielle Grundüberlegungen müssen immer wieder durchdacht werden. Für Karl Liebknecht gab es einen klaren grundlegenden Punkt: Er unterschied den Kampf vor dem Ausbruch eines imperialistischen Kriegs vom Kampf nach dem Ausbruch eines imperialistischen Kriegs, also während des Kriegs und gegen Ende des Kriegs, sowie den Kampf unmittelbar nach dem Krieg:

■ Gerade vor dem Ausbruch eines imperialistischen Krieges ist es ganz besonders wichtig, dass möglichst viele und feste internationalistische Verbindungen im Kampf hergestellt, gepflegt, verstärkt und propagiert werden, um einen gemeinsamen internationalistischen Kampf, eine gemeinsame internationalistische Front gegen drohende imperialistische Kriege weltweit aufzubauen und zu verstärken.

Eine besondere Bedeutung kommt auch dem Kampf gegen die ideologische und

politische Rechtfertigung von imperialistischen Kriegen zu. Um ein „ruhiges Hinterland“ herzustellen, müssen die imperialistischen Großmächte durch Lüge und Hetze bei den werktätigen Massen des eigenen Landes eine Stimmung der Kriegsbegeisterung erzeugen, so dass bei ihnen der Eindruck vorherrscht, ihre Soldatinnen und Soldaten würden ihr Leben für „eine gerechte Sache“ einsetzen.

Die Konzentration auf den antimilitaristischen Kampf im eigenen Land bedeutet nicht, antimilitaristische Kämpfe in anderen Ländern gering zu schätzen oder gar zu ignorieren. Ganz im Gegenteil: Die antimilitaristischen Kämpfe in den Ländern, der imperialistischen Konkurrenten des „eigenen“ Imperialismus müssen als Vorbild für den eigenen Kampf propagiert werden. Dies dient der Vorbereitung für die Solidarisierung selbst in Zeiten des Krieges, um auf der Linie einer solchen Solidarisierung die Bedingungen während der Krieges zu nutzen:

- die Linie „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“

- die Linie des Sturzes der herrschenden Klasse im eigenen Land

- die Linie der Umwandlung des imperialistischen Kriegs in den bewaffneten Kampf gegen den „eigenen“ Hauptfeind konsequent zu verfolgen.

■ Die Situation bei Ausbruch eines imperialistischen Kriegs gehört zu den vielleicht schwierigsten Situationen im Kampf für die Vorbereitung der sozialistischen Revolution. Große Massen der Bevölkerung, auch Teile der proletarischen Klasse, Personen, von denen das sonst niemals gedacht worden wäre, werden durch den Druck des Propagandaapparats, durch die gesamte Atmosphäre eines nationalistischen Gemeinschaftsgefühls, das im Kampf gegen den Feind erzeugt wird, als Unterstützer des jeweiligen Imperialismus mobilisiert. Umso schwieriger wird es sein, innerhalb der imperialistischen Armee antimilitaristische Propaganda und Agitation erfolgreich durchzuführen.

Die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs zeigen, dass - wenn auch spät, so doch mit großem Erfolg - eine antimilitaristische Aufklärung in der Reichswehr geleistet wurde, die zur Rebellion gegen die eigenen Offiziere und zu Aufständen in der Armee führte. Dadurch konnte schließlich die direkte Unterstützung der Novemberrevolution durch bewaffnete rote Soldateneinheiten erreicht werden. Die Erfahrungen

im Zweiten Weltkrieg zeigen jedoch auch, dass der deutsche Imperialismus gelernt hatte, wirkungsvolle antimilitaristische Aufklärung innerhalb der Wehrmacht weitgehend zu unterbinden. Wenn Ansätze dazu unternommen wurden, gelang es den deutschen Imperialisten, diese unschädlich zu machen, so dass sich auch in den letzten Monaten der sich klar abzeichnenden Niederlage Nazideutschlands 1945 nichts Ähnliches wie 1918 entwickelte.

■ Was bedeutet das für den Kampf heute in vielen Ländern? Es bestehen aktuell große Schwierigkeiten, einen antimilitaristischen Kampf innerhalb imperialistischer Armeen mit eigenen Kadern durchzuführen. Es muss sehr genau überlegt werden – und dabei die jeweils eigene Stärke abwägend –, wie der Kampf außerhalb und innerhalb imperialistischer Armeen vorsichtig und gut organisiert verbunden werden kann – ohne Illusionen, aber auch ohne von vornherein vor den Schwierigkeiten zu kapitulieren.

Dabei wird es vor allem auch darauf ankommen, aus den verschiedensten Gründen desillusionierte Mitglieder imperialistischer Armeen (zum Beispiel aufgrund ihrer Erfahrungen mit der Kriegsführung der Imperialisten) auf allen Ebenen wenigstens für die Weitergabe von Informationen, möglichst auch für Proteste und Kämpfe zu gewinnen und Deserteure zu unterstützen.

Viele imperialistische Armeen sind Berufsarmeen, die auch Reservisten umfasst, die sich freiwillig gemeldet hatten. Das erschwert antimilitaristische Arbeit wesentlich und zeigt noch deutlicher, wie gefährlich die Illusion ist, lediglich durch Zersetzungsarbeit imperialistische Armeen von innen her unbrauchbar machen zu wollen.

Ohne auf den Kampf im Innern imperialistischer Armeen zu verzichten, ist es entscheidend, den Kern dieser Armeen, ihre Elitetruppen, von außen anzugreifen und zu bekämpfen, imperialistische Aggressionskriege zu erschweren oder zu verhindern, bis schließlich in der sozialistischen Revolution diese mörderischen imperialistischen Armeen nach allen Regeln der Kriegskunst im bewaffneten Aufstand zer schlagen werden.

Das wären sicherlich Überlegungen von Karl Liebknecht über die Lage heute.